Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Jelzins Sturm auf das Weiße Haus
2. Die große Entzauberung – Die Legende von der liberalen US-Hegemonie
3. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist
4. Skripal und Saudi-Journalist: Selten wurden die Doppelstandards der Bundesregierung so deutlich
5. EU-Haushalt: Es drohen fatale Weichenstellungen
6. "Cum-Ex-Files" Angriff auf Europas Steuerzahler
7. Das kommende Beben
8. 17 Jahre Bundeswehr in Afghanistan – und kein Ende in Sicht
9. Absurder Nationalismus: Die Ukraine geht auf Distanz zu Europa
10. Krieg und Klimawandel lassen Hunger auf der Welt wachsen

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Jelzins Sturm auf das Weiße Haus**
   Vor 25 Jahre starben hunderte Menschen in den Straßenkämpfen Moskaus und dem Beschuss des russischen Parlaments. Das National Security Archiv veröffentlicht hierzu Dokumente der US-Regierung
   Die Verfassungskrise von 1993, die zu Straßenschlachten in Moskau und dem Befehl des Präsidenten Boris Jelzin führte, Panzer auf das Parlament des russischen Staates schießen zu lassen, ist ein Ereignis, das im Westen erstaunlich wenig bekannt ist, während es in Russland eine gravierende Zäsur in der eigenen Geschichte bildet. Die offiziellen Opferzahlen belaufen sich auf 187 Tote sowie 437 Verletzte. Inoffizielle Angaben liegen deutlich höher. Das National Security Archiv der George Washington

Universität (Washington) hat nun eine Reihe von Dokumenten der US-Regierung veröffentlicht, die ein schärferes Licht auf die Rolle der USA in der größten Staatskrise Russlands seit dem Zerfall der Sowjetunion werfen.…
Quelle: Telepolis

Anmerkung WM: *Eine sehr gute und faktenreiche Schilderung der damaligen Ereignisse. Lesenswert.*

2. **Die große Entzauberung – Die Legende von der liberalen US-Hegemonie**
Unsere gespaltene Elite kam jüngst in Washington zusammen, um den verstorbenen republikanischen Senator John McCain zu würdigen. Bei dieser Gedenkveranstaltung bekundete sie lagerübergreifend ihre Besorgnis über den Zustand unserer Demokratie. Besser spät als nie, möchte man ihr zurufen: Denn diese Elite hat über Jahrzehnte einem zunehmend absurden moralischen Imperialismus gefrönt. Jetzt ist es tatsächlich an der Zeit, dass sie ihre Position überdenkt.
Das betrifft auch eine verbreitete Illusion: Hier und im Ausland belehrt man uns, Präsident Donald Trump würde die „liberale Weltordnung" untergraben oder habe sie gar schon zerstört Aber welche „liberale Weltordnung" soll das sein? Als die Nato 1949 gegründet wurde, umfasste sie auch Portugal und die Türkei, die damals kaum als Musterdemokratien gelten durften. Spanien, diktatorisch regiert von General Franco, wurde wenig später de facto ebenfalls ein Mitglied, als es 1959 eine militärische Allianz mit den USA einging. Großbritannien focht in den frühen 1950er Jahren einen bitteren Krieg im aussichtslosen Versuch, seine Kolonie in Kenia zu halten. Und Frankreich verteidigte vergeblich seinen Griff um Indochina und später Algerien. Die USA ihrerseits konzentrierten sich damals nicht eben auf den Export der Demokratie, da sie viel zu sehr damit beschäftigt waren, weltweit gefügige diktatorische Regime zu installieren.
Zweifellos boten die Institutionen der westlichen Länder seinerzeit im Inland Freiheiten, die im sowjetischen Block unvorstellbar waren, aber dieser Vergleich ist billig. Schauen wir uns nur die jüngste Vergangenheit an: Zu dieser Weltordnung gehören heute auch die saudi-arabische Ölmonarchie und China, die unentbehrliche Macht, – und keines dieser Regime ist vom Gedankengut liberaler Vordenker wie John Stuart Mill oder John Dewey geprägt.
In einigen osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU wiederum ist die Demokratie jüngst massiv unter Beschuss geraten. Aber auch dies ging dem Aufstieg Trumps voraus. Das wirft die große Frage auf, ob die Ökonomien der USA und Europas optimale Bedingungen für die Entwicklung einer liberalen Kultur bieten. Darauf geben die Wähler der United Kingdom Independence Party, des französischen

Rassemblement National und der deutschen AfD, aber auch all jene, die in unserem Land zu Trumps Kundgebungen kommen, ziemlich deprimierende Antworten. Donald Trump ist demnach nicht die Ursache für die Störung oder gar den Zerfall des Bestehenden, sondern dessen Konsequenz.
Quelle: Norman Birnbaum in den Blätter für deutsche und internationale Politik

Anmerkung JK und Albrecht Müller: *Lesenswert.*

3. **Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist**
Die EU sei im Korsett neoliberaler Verträge gefangen, die systematisch Konzerninteressen Vorrang vor sozialen Standards, Menschenrechten und Umweltschutz geben, so Lisa Mittendrein. Eine sozial-ökologische Reform der Union sei faktisch unmöglich. Auf der anderen Seite biete ein Ausstieg aus EU oder Euro in den meisten Fällen keine Lösung. Um diesem Dilemma zu entrinnen, brauche es strategischen Ungehorsam, um öffentliche Interessen durchzusetzen, auch wenn sie mit EU-Recht in Konflikt geraten.
Kapitalinteressen erhalten in der EU systematisch Vorrang vor sozialen Standards, Menschenrechten und Umweltschutz, so Lisa Mittendrein. Standortkonkurrenz und Steuerdumping treibe die Staaten in eine Spirale nach unten. Die Konstruktion des Euro erlaube es außerdem Exportländern wie Deutschland, die südeuropäischen Nachbarn durch Niedriglohnpolitik an die Wand zu drücken, massive Krisen dort seien die Folge. Diese Mechanismen sind, so Mittendrein, bereits in den europäischen Verträgen angelegt. Um sie im Sinne einer sozialen und ökologischen Wende zu ändern, bräuchte es einstimmige Beschlüsse im EU-Rat – die jedoch angesichts der rechten und neoliberalen Dominanz in der EU illusorisch sind.
Quelle: Kontext TV

dazu: So kann Europa nicht funktionieren
Die Volkswirtschaft Italien will Schulden für teure Wahlgeschenke machen – die Last sollen Steuerzahler aus EU-Staaten mit Sparhaushalten tragen. Das ist unglaublich unverschämt.
Irgendwie kommt mir das ziemlich bekannt vor: Da lebt ein Land aus der Eurozone über seine Verhältnisse, hält sich nicht an die europäischen Spielregeln und am Ende ist das Erpessungspotenzial so hoch, dass es einen EU-Gipfel nach dem anderen braucht, um den Euro zu retten. Kennen Sie, oder? Aber diesmal geht es nicht um Griechenland, sondern um Italien. Eine Volkswirtschaft, die um ein vielfaches größer und damit ein deutlich größeres Risiko ist. Ein echtes ökonomisches Schwergewicht. Allerdings: Es gibt einen großen Unterschied: Denn eigentlich ist Italien reich. Das Vermögen, das die Bürger zwischen Bozen und Palermo angehäuft haben, ist im

Schnitt höher als das deutsche. Deshalb ist der angemeldete Etat aus Rom so unglaublich unverschämt.
Es ist schlicht und einfach nicht akzeptabel, dass Menschen aus Spanien, aus Portugal, denen wir harte Einschnitte zumuten, die Italiener mit durchfüttern müssten. Nur weil eine rechtspopulistische Regierung nette Wahlgeschenke verteilen will. Nein, so kann Europa nicht funktionieren.
Wenn die Regierung in Rom wenigstens die marode Infrastruktur verbessern und die unglaubliche Bürokratie in Italien abbauen würde. Aber nichts davon passiert. Stattdessen sucht sie Streit mit Brüssel. Das ist dreist. Die EU zerbröselt eh von Tag zu Tag mehr, wenn Leute wie Salvini sie vor sich hertreiben. Und so sehr ich Italien, das Land und die Leute mag, aber Mensch: Macht endlich mal eure Hausaufgaben.
Quelle: Tagesschau

Anmerkung JK: *Die deutschen "Qualitätsmedien" schießen sich auf Italien ein, wieder mit einem arroganten Unterton und wie im Fall Griechenland, mit ähnlichem Tenor, Italien lasse sich auf Kosten der anderen EU-Mitglieder "durchfüttern" und "lebe über seine Verhältnisse". Ein absolut bodenloser Kommentar aus der Ecke des Bayerischen Rundfunks, der die Verhältnisse auf den Kopf stellt. Nicht die italienische Regierung verantwortet den Zerfall der EU, sondern das deutsche Austeritätsdiktat.*

Anmerkung André Tautenhahn: *Es ist schon erstaunlich, dass der Autor zwar merkt, dass die EU von Tag zu Tag zerbröselt, das aber in erster Linie an Leuten wie Salvini festmacht und nicht am bestimmenden „wir", welches den Menschen in Südeuropa harte Einschnitte zumutet. Salvini ist ja nur deshalb im Amt, weil die italienische Vorgängerregierung das erfolglose Austeritätsdiktat aus Brüssel und Berlin immer brav umgesetzt hat.*

4. **Skripal und Saudi-Journalist: Selten wurden die Doppelstandards der Bundesregierung so deutlich**
Legt man die Reaktion der Bundesregierung auf das mutmaßliche Skripal-Attentat als Messlatte an, dann müsste es jetzt Sanktionen gegen Saudi-Arabien hageln. Doch diesmal betonte der Regierungssprecher: "Wir können doch nicht Ermittlungsergebnissen vorgreifen."
Als am 4. März 2018 der ehemalige russische Doppelagent Sergej Skripal zusammen mit seiner Tochter Julia bewusstlos in der englischen Stadt Salisbury aufgefunden wurde, dauerte es nicht lange, bis die britische Regierung behauptete, die Skripals seien einem Attentat mittels des Nervengiftes Nowitschok "aus russischer Produktion" zum Opfer gefallen.
Auf Grundlage der britischen Behauptungen wurden in weiterer Folge Dutzende

russische Diplomaten aus EU-Ländern ausgewiesen. Auch die Bundesregierung wies "als Signal der Solidarität" vier russische Diplomaten aus, bevor die britischen Strafermittler überhaupt mit ihren Ermittlungen begonnen hatten. Bis heute verweist die Bundesregierung, ohne weitere Belege anzuführen, auf die "hohe Plausibilität" der Schuld Russlands.
Ganz anders stellt sich die Reaktion der Bundesregierung im Fall des mutmaßlich im saudischen Konsulat von Istanbul ermordeten Exil-Journalisten Dschamal Chaschukdschi dar…
(…) Begründet wird die Zurückhaltung von Regierungssprecher Seibert mit dem Verweis darauf, man wolle "möglichen Ermittlungsergebnissen" nicht vorgreifen. Die Frage von RT Deutsch, wieso die Bundesregierung jetzt im Fall des saudischen Journalisten die Ermittlungsergebnisse abwarten will, aber in der Causa Skripal nicht gezögert hatte, Diplomaten auszuweisen, ohne dass dazu bereits Ermittlungsergebnisse vorlagen, beantwortete der Regierungssprecher auf seine ganz eigene Weise..
Quelle: RT Deutsch

Dazu: For Khashoggi, a Tangled Mix of Royal Service and Islamist Sympathies
BEIRUT, Lebanon — Jamal Khashoggi landed in Washington last fall, leaving behind a long list of bad news back home.
After a successful career as an adviser to and unofficial spokesman for the royal family of Saudi Arabia, he had been barred from writing in the kingdom, even on Twitter, by the new crown prince. His column in a Saudi-owned Arab newspaper was canceled. His marriage was collapsing. His relatives had been forbidden to travel to pressure him to stop criticizing the kingdom's rulers.
Then, after he arrived in the United States, a wave of arrests put a number of his Saudi friends behind bars, and he made his difficult decision: It was too dangerous to return home anytime soon — and maybe forever.
So in the United States, he reinvented himself as a critic, contributing columns to The Washington Post and believing he had found safety in the West.
But as it turned out, the West's protection extended only so far.
Mr. Khashoggi was last seen on Oct. 2 entering the Saudi Consulate in Istanbul, where he needed to pick up a document for his wedding. There, Turkish officials say, a team of Saudi agents killed and dismembered him…
Quelle: The New York Times

Anmerkung WM: *Wer ist (oder war?) Kashoggi? Lesenswerter Artikel der NY Times über die Person Kashoggi und seinen Werdegang, seine Beziehungen zum saudischen*

Königshaus und zu Osama Bin Laden…

5. **EU-Haushalt: Es drohen fatale Weichenstellungen**
   Die Europäische Kommission hat Vorschläge für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 vorgelegt. Es droht Ungemach: Mehr Geld soll in Militär und Grenzsicherung fließen. Das Soziale bleibt Nebensache. Und zur Förderung neoliberaler »Strukturreformen« werden altbekannte Pläne aus der Schublade geholt.
   Mit zwei Rechtsaktentwürfen hat die Europäische Kommission Anfang Mai 2018 die Debatte über die EU-Budgetplanung der nächsten sieben Jahre eröffnet. In den Wochen darauf folgte eine Reihe von weiteren Legislativvorschlägen, in denen die Förderbedingungen und die Kriterien für die Mittelzuweisung für Maßnahmen in einzelnen Politikbereichen festgelegt wurden.
   Die Höhe des EU-Haushalts wird voraussichtlich unzureichend ausfallen. Durch den Austritt Großbritanniens verliert die EU einen wichtigen Nettozahler. Es ist bislang nicht klar, wie diese Lücke geschlossen werden soll. Die Europäische Kommission schlägt eine Erhöhung des Budgets von 1,03 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU-28 auf 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU-27 (!) vor. Dies entspricht wegen des Austritts Großbritanniens faktisch einer leichten Verringerung. Allerdings ist vollkommen offen, ob selbst dieser Kommissionsvorschlag sich überhaupt durchsetzt, denn einige Mitgliedstaaten wie Österreich und die Niederlande haben bereits signalisiert, dass sie nicht einverstanden sind und sich für stärkere Kürzungen einsetzen wollen. Die Erfahrung zeigt, dass sich die Mitgliedstaaten meist auf ein niedrigeres Finanzvolumen einigen als von der Kommission vorgeschlagen. Damit droht ein völlig unzureichend ausgestatteter Haushalt.
   Quelle: Blickpunkt WiSo
6. **“Cum-Ex-Files” Angriff auf Europas Steuerzahler**
   Es geht um mindestens 55 Milliarden Euro: Der organisierte Griff in die Steuerkasse durch “steuergetriebene Aktiengeschäfte” ist viel größer als angenommen. Das belegen Recherchen europäischer Medien, an denen auch die ARD beteiligt ist. […]
   Im Interview bezeichnet der Insider die “steuergetriebenen Geschäfte” als “organisierte Kriminalität in Nadelstreifen”. “Alle wussten, worum es geht: dass man hier Rendite aus dem Steuersäckel holt.” Offenbar um dem Gefängnis zu entgehen, entschloss er sich auszupacken. Ihm drohen viele Jahre Haft. Das Geld wird er zurückzahlen müssen. Die Ermittler halten ihn für glaubwürdig.
   Im Interview berichtet er, wie der Angriff auf Europas Steuerzahler ablief. Deutschland sei als größte Volkswirtschaft in Europa auch der größte Markt für “steuergetriebene Geschäfte” gewesen. Die Deals funktionierten in Deutschland rund um den Zeitpunkt, wenn die großen Aktiengesellschaften ihre Dividende

ausschütteten. “Wir hatten eine Teufelsmaschine kreiert, sie lief aber immer nur im Frühjahr. Also ist man auf die Idee gekommen, eine Ganzjahresmaschine zu kreieren. Und dafür boten sich Aktien anderer Länder an. Länder wie Frankreich, Spanien und Italien, aber auch kleinere Länder wie Österreich, Belgien, Dänemark. Von Land zu Land kann es Abweichungen geben in der Regulierung.” Dann habe man sich darauf eingestellt. “Im Kern hat der Steuerzahler aus dem betreffenden Land die Zeche bezahlt.”
Quelle: Tagesschau

Anmerkung André Tautenhahn: *Die politische Aufarbeitung des Skandals ist im vergangenen Jahr offiziell abgeschlossen worden. Der Untersuchungsausschuss stellte zwar einen 800 Seiten starken Bericht zusammen. Die Regierungsparteien der GroKo kamen aber zu dem Ergebnis, dass sie und ihre Finanzminister keinerlei Fehler gemacht hätten. Sie riefen dem staunenden Publikum im übertragenen Sinne zu: „Gehen Sie weiter, es gibt rein gar nichts zu sehen!“*

7. **Das kommende Beben**
   Während das “Prosperitätsmodell” an seinem Erfolg zugrunde ging, wird der Neoliberalismus an seinem Misserfolg scheitern. Denn die wichtigsten Krisenerscheinungen werden sich in einer neuerlichen Finanzkrise dramatisch verschärfen, wieder ausgelöst durch simultane Bärenmärkte, insbesondere von Aktien und Immobilien (Abbildung 1), sowie zusätzlich von (Staats)Anleihen – drei Bullenmärkten haben in den letzten Jahren wieder ein enormes “Entwertungspotential” aufgebaut. An Auslösern einer Finanzschmelze wird es nicht fehlen, von Handelskriegen bis zu einer Eskalation der Konflikte um den Brexit, die Türkei, Russland oder den Nahen Osten.
   Darauf kann die Politik auf zweierlei Weise reagieren: Entweder, sie hält weiterhin an der neoliberalen „Navigationskarte“ fest und verordnet – wie 2010 – „more of the same“, oder sie knüpft nach 50-jähriger Gegen-Aufklärung wieder an die Tradition von Emanzipation und (damit) von Selbst-Ermächtigung zur (Mit)Gestaltung der Gesellschaft an. […]
   Würde die Währungsunion aufgelöst, müsste jede einzelne „Karte“ (Finanztitel) vom Euro auf eine der 19 neuen/alten nationalen Währungen „umgewertet“ werden. Dabei ergäben sich 342 bilaterale Gläubiger- und Schuldnerbeziehungen mit jeweils unterschiedlichen Typen von Finanztiteln (von Bankeinlagen bis zu Derivaten). Eine geordnete Abwicklung des Euro ist deshalb nicht möglich. Wie in der Natur so gibt es auch in der Gesellschaft irreversible Prozesse: Man kann 19 Flüssigkeiten in einen Krug gießen, trennen kann man sie nicht mehr.

Zudem würde ein Scheitern des Euro enorme „Wutenergien“ freisetzen, die sich vor allem gegen Deutschland richten wird. Denn in den Krisenländern hat die von der „deutschen EU“ diktierte Sparpolitik ein Desaster angerichtet.
Quelle: Stephan Schulmeister in der Freitag

8. **17 Jahre Bundeswehr in Afghanistan – und kein Ende in Sicht**
   Der Militäreinsatz in Afghanistan geht ins 18. Jahr. Vor der Parlamentswahl in einer Woche hat sich die Lage dramatisch verschlechtert.
   Die Zahl der in Afghanistan Getöteten wird von der Nichtregierungsorganisation „International Crisis Group“ für 2018 auf bis zu 20.000 geschätzt. Das wären mehr als im Vorjahr und sogar mehr als im syrischen Bürgerkrieg.
   Was am 7. Oktober 2001 als Großoffensive von Amerikanern und Briten als Reaktion auf den Anschlag vom 11. September in New York begann, hat das Land am Hindukusch auch 17 Jahre später noch nicht vom Terror befreit oder gar befriedet. „Eine Art strategisches Patt“, stellt der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD) fest, „nicht verloren, nicht gewonnen.“
   Die Bundeswehr schloss sich Ende 2001 der Mission an. Seither ist es Routine geworden, Jahr für Jahr den Einsatz zu verlängern, zuletzt im März. Der Bundestag folgt einer Durchhalte-Logik. Die Linke fordert einen Abzug, die Grünen eine Exit-Strategie. Ihr Ex-Abgeordneter Hans-Christian Ströbele ist sich sicher, „wenn bei der ersten Entscheidung über die Entsendung der Truppen nach Afghanistan gesagt worden wäre, das ist jetzt für 16 oder 17 Jahre, dann hätte diese Entsendung hier im Deutschen Bundestag keine Mehrheit gefunden.“ Auch in der Koalition mehren sich „die kritischen Stimmen“, wie der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich (SPD), einräumt.
   Quelle: Berliner Morgenpost

   dazu: “NATO-Mission in Afghanistan hat Erfolge”
   Die Taliban mögen in vielen Regionen die Oberhand gewonnen haben, und die Sicherheitslage mag angespannt sein: Knut Peters, Sprecher der NATO-Mission Resolute Support, sieht keinen Grund für Pessimismus in Afghanistan.
   Quelle: Deutsche Welle

   Anmerkung Albrecht Müller: *Darauf mache ich nur aufmerksam, weil sichtbar wird, wie lächerlich der Afghanistan-Einsatz ist, und welche „Qualität“ die Deutsche Welle und die NATO haben.*

9. **Absurder Nationalismus: Die Ukraine geht auf Distanz zu Europa**
   Das ukrainische Parlament hat in erster Lesung einem Gesetz zugestimmt, wonach nur noch ukrainisch publiziert werden darf.

Das Tessin ohne Italienisch? Die Kantone Genf, Waadt und Neuenburg ohne Französisch? Man stelle sich vor, National- und Ständerat würden in Bern ein Gesetz beschliessen, gemäss dem es im Tessin und in den französischsprachigen Kantonen verboten wäre, Zeitungen in italienischer oder französischer Sprache herauszugeben oder auch Online-Portale in italienischer oder französischer Sprache zu betreiben, es sei denn, es erscheine jeder einzelne publizierte Artikel gleichzeitig auch in deutscher Sprache! Eine absolut absurde Idee!
In Kiev hat die Verkhovna Rada, das ukrainische Ein-Kammer-Parlament, genau so ein Gesetz zur ukrainischen Sprache in erster Lesung am 4. Oktober genehmigt! Zur Durchsetzung der ukrainischen Sprache in der gesamten Ukraine – in der rund ein Drittel der Bevölkerung seit Jahrhunderten Russisch spricht – sollen 'fremdsprachige' Publikationen verboten werden, es sei denn, wie oben erwähnt, die Publikationen würden all ihre Artikel nicht nur in 'fremder' Sprache, sondern gleichzeitig auch in ukrainischer Sprache publizieren.
Das Ziel dieses Gesetzes ist klar: Die russische Sprache soll in der Ukraine ausgerottet werden! Die Ukraine soll, was sie geschichtlich eben nie war, sprachlich und kulturell nun halt eben mit Zwangsmassnahmen zu einer 'Nation' werden. Nationalismus der schlimmsten Sorte!
Quelle: Infosperber

Anmerkung Albrecht Müller: *lesenswert.*

10. **Krieg und Klimawandel lassen Hunger auf der Welt wachsen**
Am Welthungertag ist klar: 821 Millionen Menschen haben zu wenig zu essen – Appell von NGOs an Bundesregierung
"Gefühl in der Magengegend, das durch das Bedürfnis nach Nahrung hervorgerufen wird; Verlangen, etwas zu essen." Die Duden-Definition von Hunger ist klar, jeder kennt dieses Gefühl. Um es loszuwerden, isst man etwas. So leicht es aber klingen mag, weltweit leiden 821 Millionen Menschen daran, nicht genug Nahrung zu sich nehmen zu können. Zu diesem Ergebnis kommt der Welthunger-Index (WHI) anlässlich des heutigen Welthungertages.
Dabei habe es seit 2000, seit das erste Mal dementsprechende Daten erhoben wurden, lange eine positive Entwicklung im Kampf gegen Hunger gegeben. Zeitweise ist die Zahl der Hungernden um 28 Prozent gesunken. "Seit eineinhalb Jahren steigen die Zahlen der Betroffenen aber wieder", erklärt Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe, dem STANDARD. Die deutsche Hilfsorganisation veröffentlicht mit der irischen Organisation Concern Worldwide jährlich den WHI, der von Experten vom International Food Policy Research Institute (IFPRI) in Washington ermittelt wird.

Quelle: derStandard.at